

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Abonnement: 1.00 RM. Bei Abnahme in den Hauptstädten des Reiches 1.20 RM. mehr. Bei Abnahme in den Provinzen 1.10 RM. mehr. Einzelhefte: 20 Pf. Fernsprechnummer: 20 01 01. Druckort: Frankfurt a. M. Druckerei: Frankfurter Druckerei-AG. — Telegramme: Frankfurter Tageblatt.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einseitig (= 12 mm breit) 4 Pfennig, im Wochenblatt (= 12 mm breit) 30 Pfennig. Kleinanzeigen sind bei Nacht zu bezahlen. Die Redaktion und Verlagsanstalt übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit der Anzeigen. Bei größeren Aufträgen und im Wochenblatt wird auf Verlangen nach jeder Seite ein Nachschlag gegeben.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Züba und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 15

Donnerstag den 18. Januar 1934 nachmittags

93. Jahrgang

Die deutsche Antwort an den Völkerbundsrat Der Reichsaußenminister bedauert

Brüssel, 17. 1. Der deutsche Konsul in Genf, Dr. Krauel, hat heute dem Generalsekretär des Völkerbundes die folgende Antwort der Reichsregierung übergeben:

„Sehr geehrter Herr! Ich habe Ihre Schreiben vom 15. Januar mit verbindlichem Dank bekräftigt, bezeichne ich mich, Ihnen dazu mitteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundsrates am 15. Januar vorgebrachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, den Beratungen der Tagung des Völkerbundsrates über Punkt 26 der Tagesordnung beizuwohnen. Genehmigen Sie ... usw.“

Der Eindruck der deutschen Antwort in Genf

Genf, 17. 1. In Kreisen des Völkerbundsrates erklärt man, daß man schon nach den bisherigen Meldungen aus Deutschland eine ablehnende Haltung, wie sie in der Antwort der deutschen Regierung zum Ausdruck kommt, erwartet habe. Man hebt aber gleichzeitig den hofflichen Ton des deutschen Antwortschreibens hervor. Außerdem glaubt man, darauf hinweisen zu sollen, daß die deutsche Antwort zwar jegliche Beteiligung am Völkerbundsrat abgelehnt wird, nicht jedoch Besprechungen über die Vorbereitung der Saarabstimmung auf einer anderen Basis. So nimmt man an, daß die deutsche Regierung z. B. sich nicht weigern würde, an einer Kommission teilzunehmen, die im Saargebiet selbst die Modalitäten der Abstimmung festlegen würde, sofern auch Frankreich in dieser Kommission vertreten ist. Deutschland würde dann nicht als Ratsmacht, sondern nur als interessierte Partei mitwirken. Es ist im übrigen nicht uninteressant, daß man auch in Völkerbundskreisen lebhaft durchsicheln läßt, daß es sich bei der Einladung Deutschlands vor allem um ein französisches Manöver gehandelt habe, das niemals einen praktischen Erfolg haben konnte, dessen einziger Zweck aber der war, Deutschland den Einwand zu nehmen, daß ihm keine Gelegenheit geboten worden sei, sich an den Vorbereitungen für die Abstimmung rechtzeitig zu beteiligen.

Die holländischen Vorschläge zur Reform des Völkerbundes

Genf, 17. 1. Das Völkerbundsekretariat gab am Mittwochabend die schon angekündigten holländischen Vorschläge für eine Reform des Völkerbundes bekannt. Die holländische Regierung geht zunächst auf die zahlreichen Kritiken ein, die zu den Reformvorschlägen geführt hätten. Es wolle nach ihrer Meinung falsch, solche Vorschläge zurückzuweisen, wenn sie wirklich eine wesentliche Verbesserung herbeiführen könnten. Abwehrend sei eine Revision dieser Organisation dieser internationalen Gemeinschaft auch nicht leicht gewonnen werden. Die holländische Regierung ist durchaus nicht der Meinung, daß es dem Völkerbund über den Willen der Mitglieder widersprechen würde, wenn eine bestimmte Zahl von Mächten, die besondere Interessen haben, (wie z. B. beim Abrüstungsproblem), zuerst in Verhandlung unter sich eintreten. Die holländische Delegation wendet sich dann u. a. sehr scharf gegen die Ansicht, den Grundlag der Gleichberechtigung, der die Grundlage des Völkerbundespaktes sei, zu durchbrechen. Aber auch hier gibt die Regierung zu, daß es Mächte gibt, die eine besondere Verantwortung für die großen Fragen der Welt haben. Im Hinblick hierauf wird die Verringerung der Zahl der Ratmitglieder zur Erwägung gestellt, soweit hierbei nicht an dem Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Staaten gerührt werde.

Im Hinblick auf die an der Einmündigkeitstabelle des Völkerbundes geübte Kritik ist die holländische Regierung der Meinung, daß die Praxis gezeigt habe, daß hier nicht die Ursache für Mißerfolge im Rahmen des Völkerbundes zu suchen sei. Die Ursachen seien vielmehr in den Meinungsverschiedenheiten unter den großen Mächten zu suchen.

Die Delegation wendet sich darauf der Verbindung des Völkerbundespaktes mit den Friedensverträgen zu. Auch hier wendet sie sich, wenn auch vorsichtig, gegen eine Abänderung des bisherigen. Gleichzeitig sei zu erwähnen, daß die verschiedenen Artikel der Verträge des Völkerbundes beauftragt, bei der Durchführung der Verträge mitzuwirken. Das sei z. B. der Fall für Danzig, das Saargebiet, Kinderbeihilfen und für die Mandate. Es sei auch sehr zweifelhaft, ob die Beteiligung dieser Tätigkeit des Völkerbundes einen Vorteil für die internationale Gemeinschaft darstellen würde.

Zusammenfassend betont die holländische Regierung, daß sie keine Notwendigkeit anerkennen könne, den Pakt abzuändern, der alle Möglichkeiten bietet, um die Ziele des Völkerbundes zu erreichen, vorausgesetzt, daß ein Geist der Verständigung die Mitglieder befehle. Die holländische Regierung macht sich mit dieser Delegation zum Vorkämpfer des bekannten Standpunktes der meisten kleinen Mächte und vertritt trotz seiner Jugendbedenken zugleich doch eine starke Völkerbundsideologie. Was man in Völkerbundskreisen hört, werden noch weitere Delegationen kleinerer Mächte, u. a. Dänemarks, der Schweiz und Irlands, zu der Frage der Völkerbundsreform erwarten.

Eine neue Verfügung gegen den deutschen Gruß im Saargebiet

Reutlingen, 18. 1. Im Reutlinger Realgymnasium wurde eine Verfügung des saarländischen Unterrichtsministers Joritz verlesen, die folgenden Wortlaut hat: „Der seit mehreren Monaten in Ihrer Anstalt bestehende Vereinigung des Lehrerkollegiums eingeführte sogenannte Deutsche Gruß zwischen den Lehrern unter sich sowie zwischen den Lehrern und Schülern ist unstatthaft. Wir machen es Ihnen zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Gruß künftig in Ihrer Anstalt nicht mehr getätigt wird.“

Frankreich kündigt den Handelsvertrag

Bereitschaft zu neuen Verhandlungen

Brüssel, 17. 1. Die französische Regierung hat am Mittwoch durch die hiesige französische Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß sie den deutsch-französischen Handelsvertrag von 1927 kündigt und zwar mit dem Tage des Inkrafttretens der deutschen Verordnung über die Kontingentierung französischer Waren, d. h. mit dem 19. Januar.

Gleichzeitig hat die französische Regierung in der Note wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen über eine Neuverhandlung des deutsch-französischen Warenaustausches bereit sei. Der französische Vorschlag ist darauf abgefaßt, erklärt worden, daß bei der deutschen Regierung die gleiche Bereitwilligkeit besteht.

Da in dem Handelsvertrag von 1927 eine Kündigungsfrist von drei Monaten festgesetzt ist, ergibt sich daraus, daß der Handelsvertrag mit dem 20. April 1934 außer Kraft tritt und daß für die in Aussicht genommenen Verhandlungen ein Zeitraum von drei Monaten zur Verfügung steht.

In der französischen Note wird ferner mitgeteilt, daß die französischen Kontingentierungsstellen, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, am 19. Januar die erforderlichen Anweisungen erteilt werden, um die Kontingentierung deutscher Waren auf den von Anfang an beschätzten Umfang zurückzuführen, nämlich auf 300 Millionen Franken. Bekanntlich hatte die schematische Anwendung der französischen Kontingentierungsverordnung am 1. Januar 1934 das Ergebnis gehabt, daß die Ausfuhr deutscher Waren nach Frankreich um rund 600 Millionen Franken verringert worden ist. Die französische Regierung hatte damals auf deutsche Anfrage mitgeteilt, daß dieses schematische Ergebnis nur vorläufig sei und dahin berichtigt werden würde,

Ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund

London, 18. 1. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel, Deutschlands Weigerung nach Genf anlässlich der Behandlung der Saarfrage zu gehen, sei ein neuer schwerer Schlag für den Völkerbund. Angesichts dieser Lage sollte die britische Regierung vorläufig sein. Es sei bedauerlich, daß sie die Wiederernennung Dr. Anor zum Vorsitzenden der Saarregierungskommission zugelassen habe.

„Die einzig verständliche Saarpolitik“

Ein Leitartikel des „Daily Telegraph“

London, 18. 1. (Zusatzdruck.) „Daily Telegraph“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Saarfrage. Das Blatt gibt zu, daß über das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet kein Zweifel bestehe. Es sei sicher, daß sich, wie auch die Abstimmung geregelt werde, eine überwältigende Mehrheit für die Rückkehr zu Deutschland erklären werde. Dies werde nirgendwo bestritten, und da die Saar die einzige unerledigte territoriale Frage zwischen Frankreich und Deutschland bilde, sei es ein Gebot der Klugheit, diese so bald wie möglich aus dem Wege zu schaffen. „Daily Telegraph“ hält es deshalb auch für ausgeschlossen, daß der Völkerbundrat den Versuch unternimmt, die Saarfrage zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Die Frage der Durchführung der Volksabstimmung und der Vorbereitung der Ordnung würden mit angemessener Ueberlegung von dem Ausschuss entfallen werden, den der Völkerbundrat ernennen werde. Das Gerücht über Entsendung fremder Truppen sei nicht nur verfrüht, sondern auch höchst tadelswert.

Simon lehnt Neuherungen über die Saarfrage ab

London, 18. 1. (Zusatzdruck.) Der Pariser Neuter-Vertreter befragte Simon während seines kurzen Aufenthaltes in Paris über das Saarproblem. Der britische Staatssekretär des Reiches erwiderte: „Ich bedauere sehr, aber ich kann nichts sagen. Ich habe darüber nur aus fünfter Hand erfahren und bin jetzt im Begriffe, mir einiges aus erster Hand zu verschaffen. Gute Nacht!“

Kurzer Tagespiegel

Reichstangler Adolf Hitler empfing die leitenden Ingenieure der Reichsautobahnen, denen gegenüber er erklärte, daß die Deutsche Reichsbahn, der er den Bau der Reichsautobahnen übertragen habe, auch deren Betrieb übernehmen solle. Der Reichstangler wies auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Baues der Reichsautobahnen hin, der eines der wirksamsten Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei.

Bei einer großen Rundgebung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Nahrungsmittelgewerbes im Berliner Sportpalast sprach am Mittwoch der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Lenz, über den Nationalsozialismus als die Lehre der Lebensbejahung, der Treue und der Kameradschaft.

Die deutsche Antwort an den Völkerbund wird in Genf dahin ausgelegt, daß Deutschland zwar nicht nach Genf zurückkehren wolle, daß es sich vorwiegend aber bereit erkläre, an einer Kommission teilzunehmen, die zur Vorbereitung der Saarabstimmung im Saargebiet selbst geschaffen werden würde.

Am Freitag tritt das engere Präsidium der Abrüstungskonferenz zusammen, um den Termin für den Jahresbericht des Völkerbundsekretärs festzusetzen. Man spricht jetzt vom 7. Februar.

Die holländische Regierung hat dem Völkerbund Vorschläge zur Reform der Völkerbundorganisation gemacht, die jedoch grundsätzlich davon ausgehen, daß der Völkerbund und der Völkerbund weiterhin verortet bleiben sollen.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches hat den Obergerichtsführer Karl Rabersberg zu seinem Stellvertreter für die Leiter des Jugendführers und des Führers der Hitlerjugend sowie zum Führer seines Stabes ernannt.

Am Mittwochabend ereignete sich auf dem Bahnhof Röhrenau ein Eisenbahnunfall, durch den 11 Reisende verletzt wurden.

Aus dem indischen Erdbebengebiet treffen jetzt Berichte ein, die erkennen lassen, daß man mit Tausenden von Toten zu rechnen hat.

Obergerichtsführer Rabersberg

Stellvertreter des Reichsjugendführers, Stellvertreter des Führers der Hitlerjugend und Stabsführer des Jugendführers des Deutschen Reiches

Brüssel, 17. 1. Der Jugendführer des Deutschen Reiches und Führer der Hitlerjugend, Baldur von Schirach, hat den Obergerichtsführer Karl Rabersberg, der schon bisher sowohl der Reichsjugendführung, wie auch der Führung der Hitlerjugend angehört und mit besonderen Aufgaben betraut war, zu seinem Stellvertreter für beide Ämter und zum Führer seines Stabes ernannt. Karl Rabersberg gehört zu den ältesten Kämpfern der Hitlerjugend. Er ist gerade von einer Informationsreise nach England zurückgekehrt.

Wachsende Unruhe und Gärung in Oberösterreich

Waffenverhaftungen und Geiselnahmen — Papierböller-Anschläge

Linz, 18. 1. (Zusatzdruck.) Gegen das Landhaus in Linz, dem Sitz der oberösterreichischen Landesregierung, wo auch die Kanzleien des neu ernannten Sicherheitsdirektors Freikern v. Hammerstein untergebracht sind, wurden am Dienstagabend gegen 8 Uhr von unbekannten Tätern ein Papierböller geworfen. Durch die Explosion wurde eine Reihe von Fensterscheiben zertrümmert. Die Stadtpolizei nahm nach in den Nachtstunden einen umfangreichen Sicherheitsdienst auf. Auch die von der Regierung vor kurzem aufgedotenen Schutzkorps und Hilfspolizeibteilungen wurden zur verstärkten Bewachung der öffentlichen Gebäude herangezogen. Obgleich die in der Nacht von Polizei- und Kriminalbeamten vorgenommenen zahlreichen Hausdurchsuchungen bei vermeintlichen Mitgliedern der aufgewildeten NSDAP in allen Fällen ergebnislos verliefen, wurden in den frühen Morgenstunden des Mittwoch gegen 30 Verhaftungen vorgenommen, wobei festgestellt wurde, daß die Verhaftungen mit dem Aufschlag nicht nur in keinerlei Verbindung stehen, sondern daß ihnen auch nicht einmal eine Verbindung

mit der NSDAP nachgewiesen werden konnte; sie stehen lediglich im Verdacht nationaler Gesinnung.

In der gleichen Nacht, vom 16. auf 17. Januar, sind auch in Ried und Enns Papierbölleranschläge verübt worden, ohne daß es bisher gelang, die Täter zu ermitteln. In ganz Oberösterreich sind anscheinend über den Kopf des Sicherheitsdirektors hinweg durch unmittelbaren Auftrag der Wiener Zentralregierung zahlreiche Verhaftungen und Geiselnahmen erfolgt.

In dem Linzer Vorort Kleinmünchen ist es in den letzten Tagen zu Ansammlungen von Arbeitslosen gekommen, die durch Ueberfallkommandos der Polizei verstreut wurden. In der Bevölkerung macht sich eine wachsende Unruhe und Gärung bemerkbar.

Alberli wehrt sich

Wien, 17. 1. Der von seiner Stelle als Landesführer des niederösterreichischen Heimatschutzes zurückgetretene Graf Alberli erklärt als Antwort auf den Aufruf und Befehl des Bundes-